

Was wir messen, bestimmt, was wir tun

von Gerd Maas

Das richtige Maß zu finden, ist eine zentrale menschliche und gesellschaftliche Überlebensfähigkeit. Hätten die Ureinwohner der Osterinsel nicht maßlos ihre Palmenhaine dem Bau von immer monumentaleren Statuen geopfert, wäre es ihnen vielleicht erspart geblieben, sich zum Schluss gegenseitig auffressen zu müssen. Durch das Verschwinden der Landvögel, wegen erodierender Böden und mangels seetüchtiger Kanus war ihnen die Nahrung ausgegangen.

Wer durch eine Wüste wandert, ist sich leicht der Begrenztheit seiner Ressourcen – dem mitgenommenen Wasservorrat – bewusst. Die Notwendigkeit, das rechte Maß – die tägliche Ration – zu finden und sich daran halten zu müssen, offenbart sich hier unmittelbar. Keine Karawane käme auf die Idee, das erträgliche Gelingen einer Handelsreise an den bereits zurückgelegten Meilen zu messen. Es ist wohl gut zu wissen, wenn man schon schadlos einiges an Weg gemacht hat – es zeigt, dass man bis dahin ein gutes Maß gefunden hatte. Letztlich ausschlaggebend ist aber allein das Erreichen der jeweils nächsten wasserführenden Oase.

Ein Unternehmer misst seinen Erfolg nicht am Umsatz, sondern am Gewinn. Am Mehrwert, den er geschaffen hat. An seiner Produktivität. Einem klugen Unternehmer geht es dabei nicht um kurzfristigen Gewinn. Ihn interessieren nicht Quartalsberichte, sondern ein im Verhältnis zum Investment angemessener Verlauf der Kapitalrückflüsse. Ein Familienunternehmer schließlich misst seinen Erfolg an der Beständigkeit seiner Unternehmung, um über Generationen ein Auskommen zu sichern.

Drei Veranschaulichungen wie das, was wir messen, unser Tun beziehungsweise unser Leben überhaupt bestimmt. Tatsächlich gilt es für alle vitalen menschlichen Belange ein rechtes Maß zu finden, sich daran zu messen und maßzuhalten.

Unsere Gesellschaft misst ihr gedeihliches Fortbestehen am Bruttoinlandsprodukt, genauer an dessen Steigerungsraten. Das Bruttoinlandsprodukt entspricht dem Gesamtwert aller in einer Periode produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen. Die reale, sprich inflationsbereinigte Steigerung des Bruttoinlandsproduktes ist das erklärte Ziel aller Nationen: Wirtschaftswachstum.

Wirtschaftswachstum wird politisch in aller Munde geführt. Es ist der zentrale Ansatzpunkt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, wenn die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gemacht werden sollen oder um die überbordende Staatsverschuldung endlich in den Griff zu bekommen. Stabilitäts- und Wachstumspakt heißt der Vertrag der Euro-Länder. „Wachstum zu schaffen, das ist das Ziel unserer Regierung“, meinte Angela Merkel in ihrer Antrittsrede als Bundeskanzlerin im 17. Deutschen Bundestag. Bei Gerhard Schröder hieß es an gleicher Stelle 2002 für die rot-grüne Bundesregierung: „Deshalb kommt es für uns darauf an, im Inland die Kräfte für Wachstum und Erneuerung zu stärken.“ Der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sagte im Deutschlandfunk am 1. August 2010: „Die schwarz-gelbe Koalition muss ihre gesamte Politik darauf ausrichten, Wirtschaftswachstum zu fördern und damit Beschäftigung in Deutschland zu sichern.“ Und auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte anlässlich des Gipfels in Toronto im Juni 2010 die Regierungschefs der G-20-Staaten auf, „auch weiterhin Anreize für Wachstum und Beschäftigung zu geben“. Der Generationenvertrag der Bundesrepublik baut auf die staatliche Gewährleistung eines vielleicht schwankenden, aber kontinuierlich steigenden Bruttoinlandsproduktes.

Ein fester Grund? Wohl eher eine schiefe Bahn. Natürlich beinhaltet das Bruttoinlandsprodukt auch die Produktivität einer Volkswirtschaft. Das Leistungsvermögen. Das ist ja unmittelbar einleuchtend, mittelbar aber durchaus verwickelter. Die vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy eingesetzte Kommission *Measurement of Economic Performance and Social Progress* unter der Ägide der Wirtschaftsnobelpreisträger von 2001 Joseph E. Stiglitz und 1998 Amartya Sen verdeutlicht es an einem simplen Beispiel: Ein Verkehrsstau steigert das Bruttoinlandsprodukt, weil deswegen mehr Sprit verbraucht und daher verkauft wird. Von Produktivitätssteigerung keine Spur. Zudem werden es die im Stau Stehenden kaum als Wohlfahrtsgewinn empfinden, die Auspuffabgase schädigen unseren Lebensraum und ein endlicher Rohstoff wird nutzlos verbraucht.

Es fehlt dem Bruttoinlandsprodukt der Informationsgehalt zu dem, was man heute gemeinhin als Nachhaltigkeit bezeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt bildet nicht das natürliche menschliche Daseinsprinzip ab, nämlich das Leben so zu gestalten, dass man den eigenen Nachkommen nicht die Überlebenschancen nimmt. Wer möchte schon der mittelbare Mörder seiner Kinder und Kindeskinder sein?

Mehr ist nicht unbedingt immer besser, weiß der Volksmund. In der Subprime-Krise und den darauf folgenden weltweiten Eruptionen hat sich diese

Volksweisheit erst wieder bestätigt. Die gegebenen Kennzahlen hatten uns global besten Fortschritt signalisiert (5,2 Prozent Weltwirtschaftswachstum 2007) und uns nicht einmal eine Andeutung vom bevorstehenden Platzen der Immobilienblasen in den USA und andernorts gegeben. Ganz im Gegenteil, im Vertrauen auf die Aussagekraft der Wachstumsraten hatte die Welt jegliche Vorsicht fahren lassen und sich an den mehrwertlosen wundersamen Derivatvermehrungen berauscht. Übrigens sprechen wir hier beileibe nicht nur von dubiosen Finanzjongleuren. Hans-Werner Sinn hat das schön zusammengefasst: „Nicht nur Wall Street war dem Glücksrittertum verfallen, sondern auch Main Street“ – viele US-amerikanische Häuslebauer sowieso, aber auch weltweit Versicherungsnehmer und Geldanleger im falschen Vertrauen auf die scheinbare Entkopplung von Rendite und Risiko.

Was ist also besser als mehr? Nun, man braucht es nur wörtlich zu nehmen: Besser ist mehr gut. Und wenn weiterhin gilt, wie Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft verstanden hat, „Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch“, dann bedeutet Wachstum in diesem Sinne mehr gutes Leben der Bürger. – Was macht aber ein gutes Leben aus? Das steckt in acht Dimensionen, meint die Stiglitz/Sen-Kommission:

1. Natürlich sehr wohl auch materieller Lebensstandard und außerdem
2. Gesundheit,
3. Bildung
4. Zufriedenheit aus den Beschäftigungen, mit denen die Menschen ihre Zeit verbringen,
5. politische Mitbestimmung, Wahrung von Bürgerrechten und die Machtausübung der Staatsgewalt (Freiheit),
6. soziale Beziehungen und soziales Umfeld (Netzwerke und Gruppenzugehörigkeiten),
7. gegebene und künftige Umweltbedingungen sowie
8. wirtschaftliche und physische Sicherheit.

Es finden sich noch mehr Facetten, die den dringenden Reformbedarf der Messung von Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt anzeigen. Zum Beispiel die nachlassende Aussagekraft eines statistischen Mittels bei zunehmender Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen oder die Bedeutung von Freizeit – es macht ja einen Unterschied, ob ich für den gleichen Lebensstandard 1.500 oder 2.000 Stunden im Jahr arbeiten muss. Der entscheidende Paradigmenwechsel steckt aber in der Betrachtung von Nachhaltigkeit statt Wachstum und von Wohlergehen statt Wirtschaft. Nicht Wirtschaftswachstum, sondern nachhaltiges Bürgerwohl muss das Ziel sein. Nettovolksbefinden statt Bruttoinlandsprodukt.

Tatsächlich geht es um die Urfragen des Daseins. Warum leben wir? Was wollen wir erreichen beziehungsweise was ist unsere Bestimmung? Die großen Themen der Philosophie. Aristoteles sah den Menschen als Glücksstreber. Und trotz der offensichtlichen Banalität des Begriffes „Glück“ steckt wohl genau da der entscheidende Punkt. Was wollte man denn anderes als glücklich sein und diejenigen, die einem am Herzen liegen, glücklich sehen? – Für Aristoteles gehört zum Glück eine tätige Seele, die Ausbildung von Tugenden, aber auch, und nicht zuletzt, das materielle Sein und Auskommen. Jedoch ausdrücklich: alles in Maßen. Nicht möglichst viel oder immer mehr, sondern im ausgewogenen Mittelmaß sieht Aristoteles die Erfüllung eines glücklichen Lebens. Das ist wohl spontan einleuchtend, steckt doch die Menschheit voller Geschichten von Leuten, die von „zu viel“ verdorben wurden, von dem Fischer und seiner Frau über den großen Gatsby bis zu den namenlosen Finanzjongleuren unserer Tage, die erst noch literarisch verarbeitet werden müssen.

Das Glück lässt sich schon nicht einfach in Worte fassen, geschweige denn in Messwerte und Kennzahlen. Fraglos ist eine Betrachtung der Wohlfahrtsentwicklung in acht Dimensionen, wie es die Stiglitz/Sen-Kommission empfiehlt, nicht trivial. Zumal beim Befinden immer auch das Empfinden eine Rolle spielt, dementsprechend also unweigerlich schwierig erfassbare subjektive Werte in die Messung eingehen müssen. Aber auch die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die uns das Wirtschaftswachstum kalkuliert, ist kein System, das sich jedem spontan erschließt, und weitaus komplexer als es die eine veröffentlichte Prozentzahl vermuten lässt. Auch die scheinbar so bestechend klare Wachstumsrate basiert im Hintergrund vielfältig auf Annahmen, Schätzungen und Bewertungen. Was würde uns aber überhaupt Einfachheit helfen, wenn damit sowieso keine Aussage verbunden ist. Paul Watzlawick hat da oft die Anekdote von dem Betrunkenen erzählt, der unter einer Straßenlaterne nach seinem Schlüssel sucht, nicht weil er ihn da verloren hat, sondern weil es da heller ist.

Die Stiglitz/Sen-Kommission hat ihren Bericht schon im Herbst 2009 erstattet. Die öffentliche Wahrnehmung war gering. Eine praktische Resonanz ist bis heute nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Angesichts wieder zunehmender Wachstumsraten nach der scheinbar überstandenen Finanzkrise avanciert die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes gerade wieder zum Allheilsbringer allen öffentlichen Strebens. Dass die pure materielle Wachstumsgier wenn nicht der Ausgangspunkt, dann wenigstens der Katalysator der jüngsten Wirtschaftskrise war, wird inzwischen wieder vollkommen ausgeblendet.

Veränderte Rahmenbedingungen erfordern neue Betrachtungs- und Vorgehensweisen. Für die Welt des Wiederaufbaus nach den Weltkriegen, für die endgültige dauerhafte Sicherstellung aller existenziellen Bedürfnisse in den frühindustrialisierten Ländern – Nahrung, Wohnung, Gesundheit und Schutz – war die Politik des Wachstums und des Fortschritts das überragende Erfolgsrezept. In Deutschland wurde binnen einer Generation aus dem allumfassenden Elend des Zweiten Weltkrieges die annähernd vollständige Überwindung jeglicher Not vollbracht (auch wenn wir heute beim Klagen über Burn-out oder Hartz IV leicht einmal vergessen, wie schlimm dagegen Hunger und die stetige Angst ums blanke Leben sind). Die Konzentration auf Wirtschaftswachstum hat den entscheidenden Ausschlag gegeben. Die umfassende Existenzsicherung ist aber nun vollbracht. Jetzt geht es darum, sie langfristig zu bewahren. Dass ein anderes Zielsystem dann auch ein anderes Messsystem erfordert, versteht sich eigentlich von selbst. Erst recht deutlich wird es aber, wenn wir die wachsenden Bedrohungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung sehen: etwa die horrende Staatsverschuldung in allen Industrienationen, die Unwägbarkeit der Energiewende angesichts endlicher fossiler Ressourcen und der ungelösten Endlagerung atomarer Abfälle, die Veränderung des Klimas oder das exponentielle Wachstum der in Armut lebenden Bevölkerung auf dieser Welt. Bedrohungen die offensichtlich in einem kausalen Zusammenhang mit der Politik des ständigen Wachstums stehen.

Wenn wir also die Zukunft gewinnen wollen, muss auf das Zeitalter des Fortschritts und Wachstums nun das Zeitalter der Nachhaltigkeit folgen. Auch dieses Zeitalter wird eine Anzeige brauchen, um das Vorankommen ersichtlich zu machen. Was wir messen, bestimmt, was wir tun. Es macht einen gravierenden Unterschied, ob man auf einer Reise in erster Linie den Tachometer oder die Tankuhr im Auge hat.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns Gedanken machen, welche Instrumente wir in Zukunft auf unserem Armaturenbrett verfolgen wollen und welches wir immer im Auge haben sollten. Einen zukunftsträchtigen Ersatz für das Bruttoinlandsprodukt als Leitindikator werden wir aber nur finden, wenn wir anfangen uns gesellschaftlich und politisch damit auseinanderzusetzen. Ein solcher Wandel wird sich nicht allein aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft – wie mit dem Stiglitz/Sen-Bericht, dem Human Development Index der Vereinten Nationen oder dem Lebenszufriedenheitsindikator der Initiative Neue Sozial Marktwirtschaft – und nicht aus bloßer Regierungsmacht anstoßen lassen – wie das vom ehemaligen König Bhutans Jigme Singye diktierte Gross National Happiness, das Bruttoglücksprodukt. Reformen gelingen, wenn sie auf das Wollen der Menschen bauen können. Und für dieses Wollen braucht es vielleicht gar nicht so viel Anstoß. Die natürliche Vernunft des Menschen

denkt nachhaltig. Zumindest wer Kinder hat, denkt unweigerlich über die Welt seiner Enkel nach. Träger eines solchen Anstoßes könnten gut alle unsere Volksparteien sein. Ihre Programme tragen es eigentlich bereits in sich: Bei den Konservativen die bewusste Verantwortung für die Schöpfung. Bei den Liberalen der Vorrang der Freiheit vor dem Wohlstand. Bei den Sozialdemokraten das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, die auch zwischen den Generationen gelten muss. Bei den Grünen schließlich ist Nachhaltigkeit ohnehin Programm – bei der grünen Basis muss da wohl eher umgekehrt geworben werden, dass auch ein Nachhaltigkeitsindikator eine Leistungskomponente enthalten wird und wir auch in Zukunft wirtschaften werden müssen, um zu überleben.

Mit einer Initiative für die Messung des gesellschaftlichen Gedeihens im 21. Jahrhundert könnten sich die Parteien selbst am Schopf aus der Lethargie des besitzstandswahrenden Buhlens um die Wählergunst reißen. Zumal sie wahrscheinlich dabei auf unerwartet viel Rückhalt in der Bevölkerung stoßen würden. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2010 meinen 88 Prozent der Deutschen, dass wir eine neue Wirtschaftsordnung brauchen, bei der der Schutz der Umwelt, der sorgsame Umgang mit Ressourcen und der soziale Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt werden. 61 Prozent glauben nicht, dass sie durch Wirtschaftswachstum künftig noch mehr Lebensqualität erlangen werden.

Nun soll die Politik beleibe nicht dem Volk stets einfach nach dem Mund reden. Es ist ein wesentlicher Vorteil der repräsentativen Demokratie, dass sie es den Volksvertretern ermöglicht, komplexer und weiter denken zu können, als sich nach Momentaufnahmen der befragten spontanen Volksmeinung richten zu müssen. Das Damoklesschwert der wöchentlichen Sonntagsfrage hemmt ohnehin schon viel zu oft den Mut zur politischen Wahrhaftigkeit. Wenn ein Großteil der Bevölkerung aber Lebensqualität in erster Linie mit Gesundheit, intakter Familie und Partnerschaft, einem selbstbestimmten Leben und friedlichen sozialen Verhältnissen definiert – wenn die Mehrheit überzeugt ist, dass wachsender materieller Wohlstand nur nachhaltig und ohne hohe Staatsverschuldung Sinn macht, dann herrscht in der Bürgerschaft offensichtlich staatstragende Vernunft. Die Menschen sind bereit sich für Reformen mit auf den Weg nehmen zu lassen.

Die modernen Wirtschaftswissenschaften haben (wieder) erkannt, dass es eigentlich nicht darum geht, was ein Mensch hat, sondern wie er sich fühlt. Die Politik ist sich (wieder) bewusst geworden, dass Nachhaltigkeit kein Schlagwort, sondern ein natürliches Prinzip ist. Das Bruttoinlandsprodukt als alleiniger Indikator des Gedeihens einer Gesellschaft ist entsprechend de facto

ein Anachronismus. Wann fangen wir also an, das Nettovolksbefinden zu messen? Die Gesetzmäßigkeiten der öffentlichen Wahrnehmung erfordern wohl auch für einen neuen Index, die gegebene Komplexität in einer einzigen Kopfkennzahl als Leitindikator zu komprimieren. Deswegen muss aber das Kennzahlensystem darunter nicht verborgen bleiben. Wann wird also endlich die eindimensionale Verkündigung der Steigerungsraten des Bruttoinlandsproduktes eingestellt und das Wirtschaftswachstum eingebettet in Indikatoren des Wohlbefindens und der Zukunftsträchtigkeit?

Kontakt:
Gerd Maas
c/o Maas GmbH
Gewerbegebiet Schwabering 16
83139 Söchtenau
Tel. 08053 – 799 546
eMail g.maas@maas-projekt.de
www.gerd-maas.de

Gerd Maas ist Mitglied der Wirtschaftspolitischen Kommission
der Jungen Unternehmer BJU sowie Regionalvorstand für
Die Familienunternehmer ASU und beim Bund der Steuerzahler

zuletzt von ihm erschienen:
DEKADENZ. Und wider die Dekadenz: Eine neue Anstrengung für Deutschland
Norderstedt 2009, ISBN 978-3-8370-3445-5, 272 Seiten